

Grüne Seiten

Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen
Grafrath/Kottgeisering



Ausgabe September 2018

Klimaschutz: Alle reden vom Wetter...



Dieses Jahr hat sich deutlich gezeigt, dass der Klimawandel voranschreitet. Dabei ist es nicht nur der Temperaturanstieg, sondern insbesondere die Zunahme von extremen Wetterbedingungen: z.B. ganz Norddeutschland leidet unter der Dürre und Trockenheit, gleichzeitig gibt es in Italien Unwetter mit Überschwemmungen. Dabei wird in Zukunft immer stärker die Landwirtschaft unter den extremen Wetterbedingungen leiden. Ernte-Ausfälle in Milliarden-Höhe werden in nächster Zeit nicht die Ausnahme sein.

Leider ist die Landwirtschaft aber auch ein Teil des Problems: Immerhin über 7 Prozent klimaschädlicher Treibhausgase werden von der Landwirtschaft produziert.

Angesichts der weltweit neuesten Erkenntnisse über die Klima-Prognosen ist der Ausdruck Klimawandel etwas verniedlichend.

Die Neueste Veröffentlichung der amerikanischen Meteorologen-Gesellschaft AMS belegt mit einer Reihe brisanter Daten die zunehmend fragile Verfassung des

Erdsystems. Die neuen Klimafakten sind hart, und zeigen dringenden Handlungsbedarf auf:

- Die Konzentration von Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre hat danach mit 405 ppm (parts per million) den höchsten Stand seit 800.000 Jahren erreicht. Die Zunahme um 2,2 ppm gegenüber dem Vorjahr signalisiert den weiter ungebremsten Anstieg. Vor Beginn der Industrialisierung wurden 290 ppm gemessen.
- Der Meeresspiegel liegt jetzt zudem 7,7 Zentimeter höher als vor 25 Jahren. Damals, 1993, hatten die Satellitenmessungen begonnen.
- Die letzten vier Jahre waren mit Abstand die wärmsten seit Beginn der regulären Temperaturmessungen am Ende des 19. Jahrhunderts. Die Zahl der weltweiten Hitzetage hat sich laut AMS stark erhöht. In den 1950er und 1960er Jahren schwankten sie zwischen 35 und 40 Tagen im Jahr. Seit 2010 werden jedes Jahr mehr als 60 Hitzetage registriert.
- An den Polen lassen die hohen Temperaturen das Eis immer schneller schmelzen. Die antarktischen Eismassen verzeichneten 2017 vier Monate lang einen neuen Negativrekord. Am Rande des Nordpolarmeers, in der Tschuktschen-See, wurde im August 2017 eine Wassertemperatur von elf Grad gemessen. Der Wert könnte dieses Jahr noch getoppt werden.
- In vielen Ländern überschreiten die Temperaturen jedes Normalmaß. Mexiko hat 2017 das vierte Jahr in Folge seine Temperaturrekorde gebrochen. Pakistan wurde am 28. Mai in Turbat von 53,5 Grad Hitze heimgesucht, eine Temperatur, die jede menschliche Aktivität zum Erliegen bringt.



Mi., 26. September 2018
20 Uhr

im Bürgerstadel Grafrath, (Schützenstüberl):

Ausbau von Bus und Bahn
– Grüne Lösungen für einen besseren ÖPNV
Veranstaltung mit dem
GRÜNEN Landtagsabgeordneten
Dr. Martin Runge

Der Rückgang der Treibhausgase, in erster Linie von CO₂, ist das Ziel.

Bis 2020 will die Bundesregierung den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ in Deutschland um 40 % im Vergleich zu 1990 verringern, und bis 2050 sogar um 80 bis 95 % gegenüber 1990. Als Zwischenziel bis zum Jahr 2030 wird dabei eine Reduktion von 55% angegeben.

Nach den jüngsten offiziellen Emissionsdaten für das Jahr 2017 lagen die klimaschädlichen Emissionen in Deutschland zuletzt 28 Prozent unter dem Niveau von 1990, dem internationalen Basisjahr. Nach allgemeinen Einschätzungen wird Bundesweit bis 2020 nur eine Minderung von 32 % erreicht werden. Wenn sich hier nicht grundlegend etwas ändert, wird das Ziel von 40 % CO₂-Reduktion klar verfehlt.

Schon seit 2014 sind kaum noch Reduzierungen bei den CO₂-Emissionen festzustellen. Doch wer erwartet hatte, dass die Bundesregierung nun endlich darlegt, wie sie ihr Klimaschutzziel für 2020 – wie im Koalitionsvertrag versprochen – „so weit wie möglich“ erreichen will und welche Weichen sie stellt, damit zumindest das 2030er-Ziel voll erfüllt wird, wurde enttäuscht.

...doch die Regierung handelt nicht.



Die Klimapolitik der Bundesregierung bleibt eine völlige Leerstelle. Zusätzliche Windräder und Solarkraftwerke, die im Koalitionsvertrag für 2019 und 2020 explizit angekündigt wurden, sind noch immer nicht beschlossen. In Bayern wird der Ausbau der Windkraft weiterhin torpediert. Ausgerechnet die Windenergie: 2



Windräder erzeugen fast so viel Strom, wie in Grafrath und Kottgeisering verbraucht werden!

Zusätzliche Gelder für Gebäudedämmung gibt es nicht. Die zentrale Aufgabe, den Kohleausstieg zu gestalten, wurde an eine Kommission ausgelagert – mit völlig ungewissem Ausgang. Dabei haben diverse Gutachten längst dargestellt, wie durch ein Abschalten eines Teils der Kohlekraftwerke und Strommengenbegrenzungen für die verbliebenen ein Großteil der fürs Klimaziel notwendigen CO₂-Einsparungen noch erreicht werden kann, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.

In der Verkehrspolitik sollte laut Koalitionsvertrag ebenfalls eine Kommission ein Konzept zum Erreichen der Klimaziele erarbeiten – doch ein halbes Jahr nach dem Start der Regierung stehen noch nicht mal die Mitglieder fest. Dabei ist der Handlungsbedarf hier besonders groß: Statt wie geplant zu sinken, ist der CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor zuletzt gestiegen. Irgendwelche eigenen Ideen, wie sich dieser Trend umkehren lässt, hat die Regierung nicht.

Im Gegenteil: Die einzige Maßnahme, die im Verkehrsbereich wirklich wirksam wäre – schärfere EU-Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß von Neuwagen –, werden von der Bundesregierung in Brüssel nicht unterstützt, sondern blockiert. Und auch sonst sind die Zeiten vorbei, in denen Deutschland in Brüssel beim Klima auf Fortschritte drängte.

Mit ihrer Weigerung, die bestehenden Ziele zu erreichen, würde die Bundesregierung demnach auch gleich alle künftigen verhindern. Die Pariser Klimaziele, für die sich auch die Bundesregierung gefeiert hat, rücken damit in weite Ferne.

Landkreis FFB: kein Fortschritt beim Klimaschutz

Als Beitrag zum Klimaschutz hat sich der Landkreis Fürstfeldbruck das energiepolitische Ziel gesetzt, eine vollständige Versorgung durch erneuerbare Energien bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Dieses Ziel soll durch die schrittweise Reduzierung des Energieverbrauchs, den Einsatz der erneuerbaren Energien und die nachhaltige Nutzung regionaler Ressourcen erfolgen. Zur Umsetzung der Ziele dient das integrierte Klimaschutzkonzept des Landkreises von 2012.

Dieses Jahr nun hat der Landkreis erneut eine CO₂-Bilanz erstellt und dabei die Daten aus dem Jahr 2010 mit dem Jahr 2015 verglichen. Dabei wurde festge-

stellt, dass in den 5 Jahren die CO₂-Emissionen um 5,0 % angestiegen sind.

Verantwortlich dafür waren die Zunahme der Emissionen im Verkehr um 14,5 % sowie bei der Wärmeversorgung um 5,3 %. Dies konnte durch Emissions-Einsparungen beim Strom in Höhe von 13,8% nicht ausgeglichen werden. Als weiteren Grund für die CO₂-Anstieg wird die Zunahme der Zahl der Landkreisbewohner*innen um 4,3 % genannt.

Der Anteil der erneuerbaren Energien bei der Stromversorgung konnte zwar 2015 auf 26% gesteigert werden, liegt aber erheblich unter den Bundesdurchschnitt von 31,5%.

GRÜNE fordern Sofortprogramm für Klimaschutz in Bayern

Klimaschutz ist auf jeder Ebene der Gesellschaft dringend notwendig, wenn wir die Erdüberhitzung abbremsen wollen. Auch der Freistaat Bayern hat eine Fülle von Möglichkeiten und die Staatsregierung muss nicht auf Berlin, Brüssel oder internationale Klimakonferenzen warten.



Wir Grüne legen hier ein „17+4“-Sofortprogramm für Klimaschutz in Bayern vor. 17 Sofortmaßnahmen in Bayern für die vier Bereiche Strom, Wärme, Verkehr und Landwirtschaft plus Klimaschutzgesetz und vier Sofortmaßnahmen für die sich Bayern im Bund nachdrücklich einsetzen muss.

Unser Spitzenkandidat Ludwig Hartmann sagt dazu:

„Bayern muss endlich handeln und das tun, was es kann – und damit ein Vorbild für andere sein. Das Zuschauen und Nichtstun beim Klimaschutz muss endlich aufhören! Unsere Sofortmaßnahmen können sofort angeschoben werden und werden sich sehr schnell positiv auf Bayerns Klimabilanz auswirken.“

Strom

1. Sonnenenergienutzung auf allen staatlichen Gebäuden
2. 10H-Abstandsregel Regelung für Windräder abschaffen

3. Förderung der Kraft-Wärmekopplung
4. Stromspeicher umfassend ausbauen (Pumpspeicher, Batterien, Power-to-gas)
+ schneller Braunkohleausstieg in Deutschland

Wärme

5. Aufbau kommunaler/dezentraler Wärmenetze
6. Energieagenturen für jeden Landkreis
7. Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz für Gebäudebestand
8. Energetische Sanierung staatlicher Gebäude
+ Nationale CO₂-Abgabe

Verkehr

9. Keine 3. Startbahn
10. Stärkere Förderung von ÖPNV-Systemen im ländlichen Raum
11. Überörtlichen Radverkehr ausbauen
12. Keine Ausweisung von abgelegenen Gewerbegebieten (Rückkehr zum Anbindegebot)
+ Aufbau einer Batterieproduktion in Deutschland

Landwirtschaft

13. Förderung des Ökolandbaus
14. Moor-Renaturierung
15. Industrielle Massentierhaltung einschränken
16. Stickstoffüberschüsse in der Düngung abbauen
+ Grünlandumbruch gesetzlich einschränken.
17. Verabschiedung des grünen Entwurfs für ein **Klimaschutzgesetz für Bayern**
(<https://www.gruene-fraktion-bayern.de/index.php?id=14378>)

Klimaschutz vor Ort – es gibt viel zu tun!



Auch für unsere Gemeinden gilt:

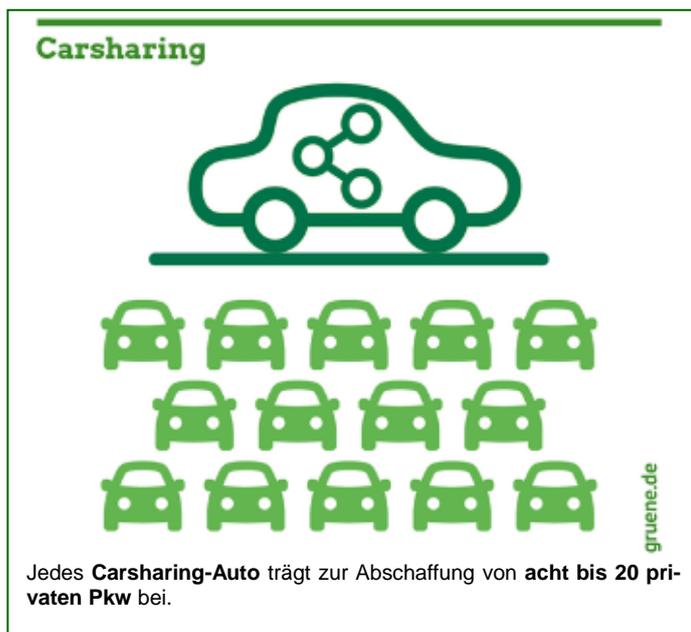
Die Energiewende muss vor Ort in jedem Gebäude stattfinden, z.B.:

- ➔ Verbesserte Dämmung der Bestandsgebäude,
- ➔ Ausstieg aus Heizungen mit Öl und Gas, Solaranlagen rauf aufs Hausdach,

Die Verkehrswende muss im Alltag stattfinden, z.B.:

- ➔ Öfters auf das Auto verzichten,
- ➔ Wenn schon Auto, dann elektrisch mit Ökostrom und mit Carsharing
- ➔ Die Landkreis- Busse und S-Bahn nutzen.
- ➔ Kurze Strecken mit dem Fahrrad bewältigen.

E-Carsharing in unseren Gemeinden – es geht voran!



In den letzten „Grünen Seiten“ vom Juli 2018 haben wir die Vorteile des Carsharings insbesondere mit Elektrofahrzeugen dargestellt. (siehe auch im Internet: <http://www.gruene-grafrath.de/zeit.htm>). Inzwischen tut sich dazu einiges in den Gemeinden Grafrath, Kottgeisering und Schöngeising:

Für die drei Gemeinden hat der Arbeitskreis Energie- und Agenda 21 ein Konzept zum E-Carsharing erstellt und dies den Bürger*innen in den vergangenen Monaten vorgestellt. Zwei verschiedene Modelle sind darin vorgesehen:

- Die Gemeinde beteiligt sich bei der Anmietung eines Elektrofahrzeuges und stellt dieses allen Bürger*innen zur Nutzung mit festen Gebühren zur Verfügung.
- Ein Verein, eine Firma oder eine Gruppe von Nutzer*innen beschafft ein E-Mobil und stellt dies anderen Bürger*innen ebenfalls zur Verfügung.

Der Gemeinderat Grafrath hat im Juli beschlossen, sich mit der Errichtung eines Carsharing-Modells weiter zu befassen unter Beteiligung der Gemeinde und dazu entsprechende Angebote von Carsharing-Anbietern einzuholen.

In Schöngeising beschäftigen sich sowohl Bürgermeister als auch die Fa. Stumbaum mit der Beteiligung an einem Carsharing-Projekt, das auch den Bürger*innen zugutekommen soll.

Auch in Kottgeisering gibt es schon mehrere Interessent*innen, die sich für ein Carsharing-Modell stark machen und auf die Beteiligung der Gemeinde hoffen.

:

MVV-Tarifreform: Fahrgäste aus Grafrath und Kottgeisering zahlen oft mehr

Die MVV-Tarifreform wurde kürzlich im Kreistag gegen die Stimmen der GRÜNEN ohne große Diskussion durchgewinkt. Wenn alle betroffenen Landkreise zustimmen, soll die Tarifreform im nächsten Jahr in Kraft treten.

Statt der bisherigen 16 Ringe, vier Zonen und drei Räumen gibt es nun 6 konzentrische Ringe mit dem Münchner Innenraum als Zone M in der Mitte.

Der MVV hat seine Ziele in einem Hintergrundpapier vom Juli 2018 benannt (siehe [https://www.mvv-muenchen.de/fileadmin/mediapool/07-Ueber den MVV/Tarifstrukturreform/180705_MVV-Tarifreform_Hintergrunddossier.pdf](https://www.mvv-muenchen.de/fileadmin/mediapool/07-Ueber_den_MVV/Tarifstrukturreform/180705_MVV-Tarifreform_Hintergrunddossier.pdf)).

Dort wird als Hauptziel aufgeführt: „öffentlich fahren lohnt sich: Vielfahren wird meist günstiger“. Dieses Ziel wurde für Grafrath und Kottgeisering nur teilweise erreicht. Laut einer Aufstellung des GRÜNEN Landtagsabgeordneten und Kreisrats Dr. Martin Runge verteuert sich die Tageskarte von Grafrath nach München (M+3 – Innenstadt + 3 Ringe) um 3 %. Die normale Isarcard Monatskarte verbilligt sich zwar um 6 %, aber alle anderen Mehrfachkarten – darunter auch der Senioren- und Ausbildungstarif – verteuern sich um bis zu 20 %. Noch mehr verteuern sich die meisten Fahrten innerhalb des Landkreises – also auch die Fahrkarten für



Pendler*innen, die nicht bis zur Innenstadt, der M-Zone, pendeln. Fahrten in einer Zone verteuern sich durchschnittlich um 6 %. Dies betrifft den für uns be-

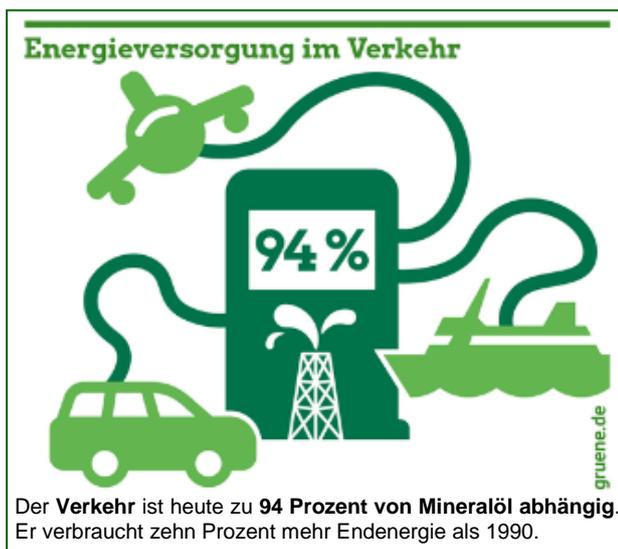
sonders wichtigen Umstieg auf das besser ausgebaute Bussystem (siehe unten).

Umstieg auf Bus und Bahn muss finanziell konkurrenzfähig werden!

Die Ausweitung des Bussystems im Landkreis ist sehr zu begrüßen. Es tut aber weh und besorgt bestimmt Viele, dass große Busse oft noch leer durch unsere Orte fahren. Klar, so ein Angebot muss erst bekannt sein, die Leute müssen sich daran gewöhnen und es muss sich herumsprechen, wie einfach man heute per Bus zu Freizeitaktivitäten an den Seen, zu kulturellen Veranstaltungen oder zum Einkaufen nach Bruck oder zur S-Bahn kommt. Es gibt aber auch noch einen anderen wichtigen Grund: man muss es sich leisten können. Selbst die Kurzfahrt per Bus zum Baden im Wörthsee kostet – wenn man nicht darauf achtet, die

günstigere Strecke Obermühle statt über Bachern zu nehmen, 5,60 Euro hin und zurück. Das ist deutlich mehr als jede Autofahrt. Jedes Wirtschaftsunternehmen würde mit Sonderangeboten locken, um ihr gutes Produkt erst einmal bekannt zu machen. Der MVV tut das nicht. Der Verkehrsverbund hat natürlich sein Augenmerk auf die Stadt München. Sprecher der angeschlossenen Umlandkreise ist der Fürstenfeldbrucker Landrat Karmasin (CSU). Leider ist hier keine engagierte Politik mit guten Ideen für den Umstieg auf Bus und Bahn zu erwarten. Wie nötig das wäre, zeigt nicht nur die verfehlt MVV-Tarifreform, sondern vor allem auch die Tatsache, dass der motorisierte Individualverkehr sich im Landkreis zum größten Klimakiller entwickelt, wie die vor einigen Monaten veröffentlichte Klimabilanz des Landkreises belegt.

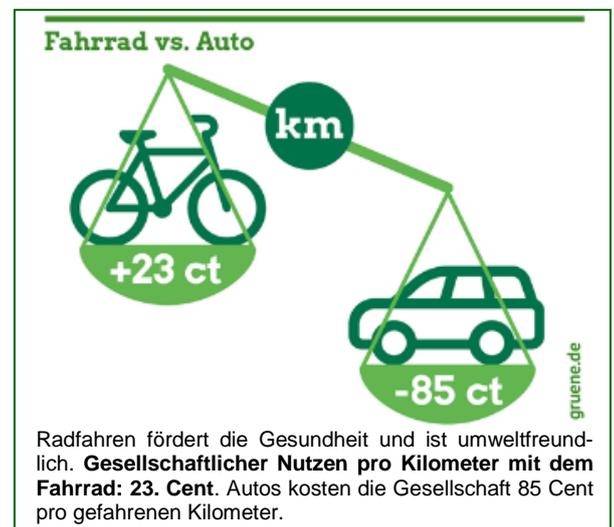
So erreichen wir die Verkehrswende



- 1. Keine neuen Verbrennungsmotoren mehr!** Dazu müssen die steuerlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen für eine emissionsfreie Mobilität geschaffen werden. Um Elektroautos in Fahrt zu bringen, wollen die GRÜNEN ein **Bonus-Malus-System in die Kfz-Steuer** einbauen, um einen klaren Kaufanreiz zu schaffen. Zudem wollen wir die **Steuerprivilegien für Diesel und für dicke Dienstwagen abbauen**. Um die Luftqualität in den Kommunen zu verbessern, setzen wir uns für die **Einführung blauer Umweltzonen** ein. Wir fordern die Hersteller dazu auf, Diesel-Pkw so nachzurüsten, dass sie die europäischen Umweltvorgaben im Straßenbetrieb einhalten.
- 2. Das Schienennetz in Deutschland massiv verbessern.** Statt einer Vielzahl teurer Straßenbauprojekte muss der Fern-, Regional- und Nahverkehr so ausgebaut werden, dass man schnell und bequem umsteigen kann. Deshalb wollen die GRÜNEN einen „Deutschland-Takt“, einem bundesweit verknüpften Fahrplan, der Fernverkehr und regionalen ÖPNV optimal aufeinander abstimmt. Dann sind lange Wartezeiten auf Anschlüsse Vergangenheit. Jede Region muss ans Bahnsystem angeschlossen sein. Um mehr

Güterverkehr auf die Schiene zu bringen, muss die LKW-Maut ausgeweitet und die Gebühren für die Trassennutzung der Bahn gesenkt werden.

- 3. Massive Investition in den öffentlichen Nahverkehr:** das Grüne "Zukunftsprogramm Nahverkehr". Mit dem **grünen MobilPass** wollen wir die Möglichkeit schaffen, deutschlandweit alle Angebote des öffentlichen Verkehrs mit einer einzigen App oder Karte schnell, einfach und bequem zu buchen und zu bezahlen. Auch Car- und Bikesharing sind mit drin. Je einfacher das wird, desto mehr Menschen werden es nutzen.



- 4. Investitionen in den Fahrradverkehr müssen deutlich verstärkt werden.** In Deutschland fahren 50 Millionen Menschen Fahrrad, etwa 11 Millionen davon täglich. Radverkehr vermindert Verkehrsdichte, Abgase und Lärm. Mit dem Rad ist man schnell am Ziel. Die Kombination von Rad und öffentlichem Verkehr muss etwa durch den Bau sicherer Abstellanlagen an Bahnhöfen verbessert und die Verkehrsregeln fahrradfreundlicher werden.

Den Ausbau der S 4 voranbringen

– *Nein zu Verspätungen, überfüllten Zügen
und Zugausfällen*



Die S 4 gehört auf ihrem Westarm zu den S-Bahn-Linien, die vor ihrer Einbindung in die Stammstrecke die meisten Fahrgäste haben. Ausgerechnet die S 4 West hat aber keine eigenen Gleise, muss also im Mischverkehr fahren (neben den S-Bahnen Regional-, Fern- und Güterverkehr).

10-Minuten-Takt immer wieder zugesagt ... und verschoben

Dringend notwendige Investitionsmaßnahmen wie beispielsweise die Entschärfung des Engpasses „Westkopf Pasing“ und der Ausbau bis Buchenau wurden immer wieder zugesagt, dann aber auch immer wieder in die fernere Zukunft verschoben.

Bereits im August 1991 erhielt die damalige Bundesbahn den Auftrag, Investitionsmaßnahmen zur Einführung des 10-Minuten-Taktes in der Hauptverkehrszeit für die Strecke zwischen Pasing und Buchenau zu planen. Mitte 2003 versprachen Bayerns Wirtschafts- und Verkehrsminister Otto Wiesheu und Bahnchef Hartmut Mehdorn, den Ausbau der Strecke so voranzutreiben, dass bis spätestens zum Jahr 2010 der 10-Minuten-Takt möglich sei. Mit Beschlüssen der Bayerischen Staatsregierung und des Landtages im Frühjahr 2010 mit einer Mehrheit aus CSU, FDP und SPD zum Bahnknoten München wurde jedoch entschieden, dass der S 4-Ausbau nicht mehr erste Priorität genießen und, wenn überhaupt, nur mehr bis Eichenau geführt werden soll.

2016: zweite S-Bahn-Röhre – S4 auf dem Abstellgleis?

Mit dem 2016 beschlossenen Finanzierungskonzept für die zweite Münchner S-Bahn-Röhre droht der Ausbau der S 4 gänzlich aufs Abstellgleis geschoben zu werden. Denn die auch für den S 4-Ausbau vorgesehenen Finanzmittel werden für Jahrzehnte durch die Inanspruchnahme für das Milliardenprojekt zweite Röhre blockiert.

Fahrplankonzept für die zweite Röhre ist inakzeptabel

Inakzeptabel ist auch das Fahrplankonzept, das für die S 4 für den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der zweiten Röhre vorgesehen ist. So soll es in den Abendstunden zu Taktausdünnungen vom jetzigen 20-Minuten-Takt auf einen 30-Minuten-Takt kommen. Der für tagsüber geplante 15-Minuten-Takt (auch nur bis Buchenau) dürfte aufgrund der Trassenüberlastung, zumal nach der Elektrifizierung der Bahnstrecke nach Lindau und einem Zuwachs an Regional- und vor allem an Fernverkehr, nur mehr mit noch größerer Fahrplanuntreue zu bewältigen sein. Jetzt so, wie es die aktuellen Planungen vorsehen, nur ein weiteres Gleis und das auch nur zwischen Pasing und Eichenau bauen zu wollen, ist unserer Auffassung nach völlig unzureichend.

GRÜNE Forderungen an die Landespolitik

Seit der Bahnreform sind die Bundesländer für den Schienennahverkehr (SPNV) zuständig. Deshalb unsere Forderungen an Staatsregierung und Bayerischen Landtag:

- 1) Sich mit Nachdruck für den zügigen viergleisigen Ausbau des Westarmes der S 4 bis Fürstenfeldbruck und für das Schaffen weiterer Überholstellen zwischen Buchenau und Buchloe einzusetzen.
- 2) Einer Durchfinanzierungsgarantie des Freistaates Bayern und einer Vorfinanzierung aus Mitteln des Freistaates für das Projekt Ausbau des Westarmes der S 4 zuzustimmen, um die o.g. Maßnahmen schnell voranzubringen.
- 3) Für zusätzliche Regionalzughalte durch Bestellungen durch die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) bis zum Zeitpunkt einer besseren S-Bahn-Bedienung zu sorgen.
- 4) Für Taktverbesserungen für die S 4 zu sorgen und keinesfalls Taktverschlechterungen zuzulassen.

Anstelle des geplanten 15-Minuten-Stolper-Taktes (im 12-/18- bzw. 13-/17-Minuten-Turnus), der zudem zwischen Buchenau und Geltendorf ganztags und für die Abendstunden für die komplette Strecke zu einem 30-Minuten-Takt ausgedünnt werden



soll, fordern wir zumindest für die Stoßzeiten den 10-Minuten-Takt bis Buchenau und den 20-Minuten-Takt ansonsten.

Land- und Bezirkstagswahl am 14. Oktober: beide Stimmen für GRÜN!



Anders als bei der Bundestagswahl zählen beide Stimmen für die Sitzverteilung im Landtag. Mit Ihrer Erststimme sagen Sie, welche Partei unseren Stimmkreis (LL/FFB West) im Landtag vertreten soll und wählen damit die Direktkandidat*in. Mit Ihrer Zweitstimme können Sie die Reihung der Liste der Kandidat*innen im Wahlkreis Oberbayern mit Ihrer Kandidat*innen-Wahl beeinflussen. Beide Stimmen addieren sich für die Sitzverteilung der Oberbayerischen Parteien im Landtag.

Zweitstimme für Landtagskandidat Dr. Martin Runge Platz 12



- Jahrgang 1958, verheiratet, vier Kinder, davon drei erwachsen, Wohnort Gröbenzell im Landkreis Fürstenfeldbruck.
- Gelernter Wirtschaftswissenschaftler und Umweltökonom, aktuell Abgeordneter des Bayerischen Landtags für Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Arbeitsschwerpunkte im Landtag: Wirtschaftspolitik, Verkehrspolitik, Europapolitik, Globalisierung und Eine-Welt-Politik.
- Gründungsmitglied der GRÜNEN auf Landes- und Bundesebene, langjährige und vielfältige Erfahrung in Kommunalpolitik und Kommunalwirtschaft als Kreis- und Gemeinderat sowie als Mitglied in verschiedenen Gremien öffentlicher Unternehmen in der Strom- und der Wasserversorgung, der Abfall- und Abwasserentsorgung sowie im Sparkassenwesen (von 1984 bis heute).
- Zwischen Mai 1996 und September 2013 Mitglied des Bayerischen Landtags für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dort wirtschafts-, verkehrs- und europapolitischer Sprecher. Vorsitzender des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten (2003 – 2008), von Februar 2011 bis September 2013 Fraktionsvorsitzender. Rundfunkrat und Medienrat für jeweils fünf Jahre. Seit Oktober 2017 wieder Mitglied des Landtags und dort im Verfassungs- und Rechtsausschuss und wirtschaftspolitischer Sprecher unserer Fraktion.

Weshalb ich wieder für ein Mandat im Bayerischen Landtag kandidiere

In Zeiten, in denen ein Rechtsruck in der politischen Landschaft zu verzeichnen ist, in denen Ausgrenzung und Abschottung das Wort geredet wird und in denen Umwelt- und Klimaschutz marginalisiert

zu werden drohen, sind viele und starke GRÜNE wichtiger denn je. Bis heute orientieren wir GRÜNE uns an den Leitbegriffen unserer Gründungsprogrammatische „ökologisch, sozial, gewaltfrei und basisdemokratisch“, die stets der Maßstab für unsere politische Arbeit sind. Wir GRÜNEN müssen für ein lebendiges und weltoffenes Bayern, gegen Wachstumswahn und für Umwelt- und Klimaschutz kämpfen.

In meiner aktuellen politischen Arbeit setze ich mich beispielsweise ein

- für die **Förderung des ÖPNV in der Stadt und auf dem Land.**
- für den **Erhalt von Sparkassen als öffentliche und örtliche Geldhäuser**, die ihren Funktionen *Bedienung in der Fläche* und *Unterstützung der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich* auch wirklich nachkommen, und gegen Fusionitis, welche als Ergebnis anonyme Großinstitute mit riesigem Bedienungsgebiet, kaum mehr Einfluss der Trägerkommunen und Gewinnstreben als einzigem Ziel hat.
- für Modifizierungen im **Bauplanungs- und Baurechtsrecht**, um Anreize zu flächensparendem Bauen zu schaffen, den Bauwilligen und ihren Planern mehr Spielräume zu geben, besseren Schutz vor Überschwemmungen zu erreichen und mehr für die Grünordnung zu tun.
- für **Umwelt-, Natur und Klimaschutz**; d.h. für saubere Luft und unbelastetes Wasser, für intakte Natur- und Kulturlandschaften. Wir GRÜNE wollen eine Umwelt, die Menschen und Tiere nicht krank macht und die auch unseren Kindern und Enkeln und deren Nachkommen ein lebens- und liebenswertes Land hinterlässt.

Mehr Informationen finden Sie auf meiner Homepage www.martinrunge.de und meinen Social Media Accounts.

Martin auf Facebook: www.facebook.com/Martin.Runge.Landtag/
Martin auf Instagram: www.instagram.com/groebenzeller/



Erststimme für Direktkandidatin Gabi Triebel

Liebe Grafrather und Kottgeisinger
Bürger*innen,

ich möchte mich Ihnen als Ihre Direktkandidatin für den Landkreis Landsberg/ Fürstenfeldbruck West vorstellen. Ich bin 57 Jahre alt, von Beruf Diplom Sportlehrerin, verheiratet und habe 2 Kinder. 1999 bin ich mit meiner Familie aus München zurück in meine Heimatgemeinde Kaufering gezogen, wo ich mich ziemlich bald bei den Grünen politisch engagiert habe. Seit 2002 bin ich im Kauferinger Gemeinderat, seit 2014 2. Bürgermeisterin, Kreisrätin und Verwaltungsrätin des Landsberger Klinikums.

2017 habe ich mich entschlossen, für den Landtag zu kandidieren. Mein Ziel ist es, als Stimme unserer Region unseren Anliegen vor Ort in München ein kräftiges Gewicht geben.

Wir brauchen dringend den Ausbau unserer Infrastruktur:

- Beim ÖPNV muss vor allem die Bahnlinie von Buchenau bis Pasing mit zusätzlichen Gleisen verstärkt werden, damit unsere Pendler endlich störungsfrei zu ihren Arbeitsstellen nach München kommen.
- Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum. Mit einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft und entsprechender Unterstützung vor Ort muss den wachsenden Kommunen unter die Arme gegriffen werden.
- Und wir benötigen für jeden Haushalt einen Glasfaseranschluss mit der entsprechenden Anschlussleistung, vor allem für Gewerbetreibende.

Darüber hinaus liegt mir als Lehrerin die Schulpolitik sehr am Herzen. Es darf nicht sein, dass der Bildungserfolg unserer Kinder hauptsächlich vom Bildungsgrad der Eltern abhängt. Alle Kinder haben das Recht, nach ihren Fähigkeiten gefördert zu werden. Auch die berufliche Bildung muss wieder mehr in den Fokus gerückt werden und an Wert gewinnen. Unsere Berufsschulen benötigen eine bessere Ausstattung, um auf vielfältige, neue Berufsanforderungen reagieren zu können.

Zu guter Letzt unsere Landwirtschaft: Das große Ziel ist eine giftfreie und bodenschonende Bewirtschaftung all unserer Äcker und Wiesen. Wir müssen die Alarmzeichen wie das Insektensterben, das Vorkommen von immer weniger Bienen und Vögeln, ernst nehmen und handeln. Wie benötigen ein Umdenken bei der Politik, den Landwirten und den Verbrauchern, damit wir unsere jetzigen Lebensräume - den Lechraun und das Ampermoos - mit ihrer einmaligen Fauna und Flora erhalten können.

Ich werde mich einsetzen für ein weltoffenes, gerechtes und ökologisches Bayern.

Weitere Informationen über mich finden Sie auf meiner Homepage www.gabriele-triebel.de und auf Facebook.

Herzlich Ihre

Zweitstimme für Bezirkstags-Kandidatin FFB-Ost **Gina Merkl** Platz 16

Jahrgang 1998
Wohnhaft in Mittelstetten
Studentin
Sprecherin der Grünen Jugend im Landkreis FFB



Die Würde des Menschen ist unantastbar

Wenn Deutschland sich im Jahre 2018 in Zuständen wiederfindet, die an die Nazizeit erinnern, wenn Rechte aufmarschieren, die Exekutive zeitgleich unterbesetzt und überfordert ist, dann wird sichtbar, wie verwundbar diese Demokratie doch ist. Die Instrumentalisierung des Todes eines Mannes ist absolut unerträglich. Einzig der Rechtsstaat verfolgt Straftaten und vermeidliche Selbstjustiz werden wir nicht tolerieren.

Es ist wichtiger denn je, dass Demokratinnen und Demokraten Farbe bekennen. Gegen den rechten Mob, gegen all die Verfassungsfeinde und Hitler-Nostalgiker. Politik bietet einer Gesellschaft ihre Rahmenbedingungen. Zu diesen Rahmenbedingungen MÜSSEN Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit sowie der Schutz unserer Grundrechte gehören.

Die Zivilgesellschaft muss besser unterstützt werden; wir brauchen mehr politische Bildung an Schulen, mehr Präsenz in den bevölkerungs-

schwachen Gegenden und müssen die europäische Idee wieder mehr im Herzen tragen.

An Sachsen, speziell an den Ausschreitungen in Chemnitz, wurde sichtbar, wie verletzlich unsere Demokratie sein kann. Unsere demokratische Grundordnung ist nicht gottgegeben, geschweige denn selbstverständlich. Sie muss jeden Tag von Neuem verteidigt werden, um nicht wieder in anscheinend längst vergessene Zeiten zurückzufallen. Wir brauchen Menschen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen. Dafür sind starke Institutionen und eine demokratische, bürgernahe und gut ausgestattete Polizei, die die Persönlichkeitsrechte aller achtet, essentiell. Langfristig ist eine Reform der Sicherheitsarchitektur und des Verfassungsschutzes nötig. Wir brauchen klare, faire Verfahren und zügige Gerichtsentscheidungen, damit der Staat seine Handlungsfähigkeit gewährleisten kann. Entsprechend brauchen Behörden, Gerichte und Staatsanwaltschaften mehr gut ausgebildetes Personal, damit endlich die riesigen Überstundenberge abgebaut werden und ein produktives Arbeiten ermöglicht werden kann.

Aber es geht um mehr; es geht um ein neues Versprechen: wir dürfen nicht zulassen, dass Hass und Hetze Überhand gewinnen. Wir müssen ein neues Bündnis schmieden, denn es geht um das WIR. Wir Demokratinnen und Demokraten müssen zusammenhalten, gemeinsam aufstehen und diesen Rechtsstaat verteidigen. Lasst uns nicht mehr leise sein, sondern gemeinsam den wichtigsten Satz unseres Grundgesetzes vorleben: die Würde eines Menschen ist unantastbar.

Erststimme für Jan Halbauer, Ihr Bezirksrat

Jahrgang 1984
Wohnhaft in Fürstenfeldbruck
Politikwissenschaftler
Sozialreferent der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck
Bezirksrat
Stadtrat und Kreisrat
Hobbys: leidenschaftlicher Fußballer und Snowboarder; mein Schäferhund



Der Bezirkstag Oberbayern ist überwiegend für soziale Belange, u.a. für die Eingliederungshilfe von Menschen mit Behinderung und Pflegeleistungen, zuständig. Deshalb will ich mich vehement für ein personenzentriertes Fallmanagement im Bereich der Eingliederungshilfe stark machen. Der Mensch muss immer im Fokus stehen. Pauschalleistungen können den Einzelfall nicht darstellen.

Es gilt auch die konkrete Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) kritisch zu begleiten. Trotz vieler positiver Punkte (z.B. Anhebung der Vermögensgrenzen, Einführung Budget für Arbeit) steht das BTHG unter dem Vorbehalt der Kostenneutralität. Doch gerade die Inklusion kann und darf nicht auf einen reinen Kostenfaktor reduziert werden. Hier muss die neue grüne Bezirkstagsfraktion den Finger in die Wunde legen und sich für Verbesserungen für die Menschen mit Behinderung einsetzen.

Mehr Informationen finden Sie auf meiner Homepage www.janhalbauer.de oder meinen Social Media Accounts.

Mehr Inklusion wagen

Inklusion ist vor allem eine Frage der Haltung. Es geht nicht darum, dass Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft integriert,

also hineingeholt werden. Stattdessen müssen Strukturen geschaffen werden, damit alle Menschen an der Gesellschaft von Anfang an teilhaben können. Inklusion bedeutet Wertschätzung der menschlichen Vielfalt. Jeder zehnte Mensch in Oberbayern lebt mit einer Behinderung. Und jede und jeder Einzelne von ihnen ist mit Barrieren konfrontiert, die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft behindern. 95 % der Behinderungen entstehen im Laufe des Lebens, auch dies sollte uns alle sensibel für das Thema machen.

Barrieren abbauen

Es gibt noch viel zu tun: viele Bahnhöfe im Landkreis Fürstenfeldbruck sind immer noch nicht barrierefrei zugänglich. Umfassende Barrierefreiheit bezieht sich aber auf viele Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Neben baulichen Barrieren, bspw. die Zugänglichkeit von Gebäuden oder öffentlichen Verkehrsmitteln, sind es vor allem soziale, einstellungsbedingte Barrieren, also etwa Vorurteile oder Ängste, und kommunikative Barrieren, die dazu führen, dass Menschen mit Behinderungen nicht gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können. So können etwa auch die Verwendung einer komplizierten Sprache, nicht vorhandene alternative Formate von Texten und Gesprächen für Menschen mit Lernschwierigkeiten oder anderen Sinnesbehinderungen Barrieren darstellen.

Es gilt deshalb, dem Thema Inklusion in seiner ganzen Breite mehr Aufmerksamkeit im Landkreis zu widmen. Barrierefreiheit bedeutet nämlich, dass eine ganze Reihe von Menschen, z.B. Menschen mit Behinderung und Senioren, auch Familien mit Kindern, Geschäftsreisende mit Rollkoffern oder Sportler mit Verletzungen, es deutlich komfortabler haben und ist im Tourismus bereits ein wichtiges Qualitätsmerkmal. Deshalb gilt es endlich mehr Inklusion im Landkreis zu wagen!



Ende gut ...

Wir hatten in den letzten **Grünen Seiten** über den jahrelangen Leerstand der Bau ruine in Kottgeisering berichtet. Jetzt wurde sie abgerissen. Die neuen Besitzer*innen, zwei junge Familien, werden hier ihr neues Zuhause bauen.

Landwirtschaft am Scheideweg

Montag, 24. September 19:30 Uhr

Gasthof Hartl, Türkenfeld

Podiumsdiskussion mit

Gabi Triebel (Landtagskandidatin LL/FFB West), Sepp Dürr (MdL)

Georg Huber, Bayerischer Bauernverband (BBV),

Johann Schamberger, Bundesverband Deutscher

Milchviehhalter (BDM)

Gudrun Hanuschke-Ende, Bund Naturschutz FFB, Ernährungsrätin

Redaktion:

Roger Struzena, Gabi Golling, Elke Struzena

Internet: www.gruene-grafrath.de

eMail: gruene.grafrath@t-online.de

Information: Elke Struzena, Tel. 08144 1592